

Sparpläne bringen Forscher auf die Barrikaden

Fördermaßnahmen des Bundes sollen nicht verlängert und Mittel gekürzt werden. Wissenschaftler fürchten verheerende Auswirkungen für ihre Projekte. Auch die Saar-Uni muss den Gürtel wohl enger schnallen.

VON JULIA STRATMANN, JANA WOLF UND SOPHIA SCHÜLKE

BREMEN/SAARBRÜCKEN Seit 2019 forschen rund 130 deutsche Wissenschaftler zusammen mit internationalen Partnern zu den gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen des Klimawandels und der Übernutzung von Ressourcen. Die sogenannten Biotip-Projekte werden durch das Ministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Doch jetzt der Schock: Die Fördermaßnahme wird nicht verlängert. Das geht aus einem offenen Brief an Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) hervor.

„Unsere Arbeiten in Peru über die Anpassung der Kleinfischerei an den Klimawandel werden durch diese Entscheidung zum Hobby degradiert oder ganz abgewürgt. Die Forschungen werden im entscheidenden Moment abgebrochen“, berichtet Michael Flitner von der Universität Bremen. Er ist Sprecher des Forschungszentrums Nachhaltigkeit und einer der Wissenschaftler, die den offenen Brief unterzeichnet haben.

Die Konsequenzen reichen Flitner zufolge über die jeweiligen Projekte hinaus. Denn Nachwuchswissenschaftler würden ihre Stellen verlieren, die persönlichen Arbeitsbeziehungen seien dahin. Eine gewisse Kontinuität solcher Beziehungen sei aber zentral, um zu Lösungen im Blick auf die sozial-ökologischen Probleme zu kommen, sagt Flitner.

Nicht nur Wissenschaftler sehen sich mit Einsparungen konfrontiert. Auch der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat eine Reduzierung von Stipendien und anderen Aktivitäten angekündigt und begründet das mit Mittelkürzungen durch die Bundesregierung. Demzufolge stellt das Auswärtige Amt (AA) dem Austauschdienst 2023 nicht mehr rund 201 Millionen Euro wie 2021 zur Verfügung, sondern nur noch rund 191 Millionen Euro.

Auch die Universität des Saarlandes ist direkt betroffen. „Schon



Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat eine Reduzierung von Stipendien und anderen Aktivitäten angekündigt – davon ist auch die Universität des Saarlandes direkt betroffen.

FOTO: SEBASTIAN GOLLNOW/DPA

in diesem Jahr haben wir bei DAAD-Programmen mit Kürzungen von zehn Prozent massive Einschnitte bei der Vergabe von Stipendien und bei der Betreuung internationaler Studierender erlebt“, sagt Johannes Abele, Dezernatsleiter des International Office an der Saar-Uni. Schlimm genug, so Abele, doch angesichts der neuen geplanten Kürzungen trübe sich der Blick in die Zukunft zu einer alarmierenden Situation ein – die auch das Saarland jenseits des Campus betreffe. „Wir haben in den vergangenen sechs Jahren mehr als 1700 Geflüchtete über Deutschkurse an die Hochschulen herangeführt. Das stellt auch einen Weg dar, um den Fachkräftemangel im Saarland zu begegnen. Aber nun ist zu befürchten, dass es für dieses extrem erfolgreiche, aber auslaufende Projekt keinen Anschluss geben wird“, erläutert Abele die durch die Ankündigung aus Berlin an der Saar-Uni aufgekommene Befürchtungen. Kein universitäres Programm für die Betreuung und Integration von Geflüchteten mehr – angesichts der eintreffenden Geflüchteten aus der Ukraine ein „gravierender Schaden

für das Saarland“, meint Abele. Die Saar-Uni will sich deshalb politisch dafür einsetzen, dass die Finanzierung der Geflüchtetenprogramme und die weitere Internationalisierung der Hochschule gesichert bleiben. „Der Haushaltsentwurf gilt erst, wenn der Bundestag ihn annimmt und solange wollen wir alle Wege nutzen, um auf die dringende Notwendigkeit von Sprachkursen für Geflüchtete und die Betreuung internationaler Studierender hinzuweisen“, sagt Abele.

Die Folge der geplanten DAAD-Kürzungen: eine Reduzierung von Fördermöglichkeiten für Hochschulen, Studierende und Wissenschaftler über Jahre. Laut Stefan Grob, Sprecher des Deutschen Studentenwerks, ist zu befürchten, dass 6000 Stipendien wegfallen. Doch gerade die Finanzierung des Studiums stelle für internationale Studierende eine der größten Herausforderungen in Deutschland dar. Und auch für deutsche Studierende, die ein Auslandsstudium anstreben, sieht Grob in den Kürzungen ein Problem. „Das ist ein Rückschritt in der internationalen Studierendemobilität“, kritisiert er, „angesichts

der Folgen des Ukraine-Krieges müsste man die Bemühungen um internationalen Austausch vielmehr intensivieren.“

Warum sollen Mittel dennoch gekürzt und Förderung nicht verlängert werden? Im Forschungsministerium argumentiert man mit „neuen unvorhergesehenen Herausforderungen“ durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. „Im Rahmen der zu treffenden Haushaltsentscheidungen hat das BMBF sich unter anderem gegen neue Projekte im Förderschwerpunkt Biotip entschieden“, erklärt eine Ministeriumssprecherin auf Nachfrage. Laufende Projekte seien davon aber nicht beeinträchtigt, heißt es. Ministerin Stark-Watzinger hat sich bisher nicht öffentlich dazu geäußert.

Auch der Haushalt des Auswärtigen Amtes ist von Einsparungen betroffen und damit auch die geförderten Mittlerorganisationen wie der DAAD. Konkret fallen die Mittel für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in diesem Jahr auf 1,027 Milliarden Euro zurück, während sie 2021 noch bei 1,077 Milliarden Euro lagen – trotz der Nachkommastelle

sind das erkleckliche Einbußen. In den Jahren seit 2018 war diese Summe stetig angewachsen. Dennoch ist der Bundeshaushalt für dieses Jahr noch nicht final beschlossen. Zwar hat Kabinett den Entwurf Anfang Juli verabschiedet, allerdings beginnt das parlamentarische Verfahren erst Anfang September.

Im AA beruft man sich darauf, dass Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) sich mit Nachdruck für ausreichende Mittel eingesetzt habe. Doch offenbar ohne Erfolg. Auch jetzt gebe es noch Bemühungen um eine Lösung: „Das Auswärtige Amt steht mit den Mittlern in engem Austausch über eine strategische Priorisierung, um deren wichtige Arbeit möglichst effizient und zielgerichtet fortzusetzen“, sagt ein Sprecher.

Nichtsdestotrotz ist das Vertrauen erschüttert. Astrid Dannenberg, Professorin für Umwelt- und Verhaltensökonomik an der Universität Kassel, spricht von einem „großen Vertrauensverlust“. „Wir haben viel Zeit in die Anträge gesteckt, die danach noch nicht mal begutachtet, sondern allesamt abgelehnt wurden“, kritisiert sie.

KOMMENTAR

An der falschen Stelle gespart

Gestrichene Forschungsförderung und verzögerte Bewilligungen durch das Haus von Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger sorgen in der Wissenschaft für Verunsicherung und massive Kritik. Zu Recht. Denn eine Schwächung der Forschung in Deutschland kommt zur Unzeit.

Es ist ja nicht so, dass es in der Wissenschaft nicht ohnehin an unsicheren, oftmals prekären Arbeitsbedingungen mangeln würde. Befristete Beschäftigung, jahrelang Kettenverträge sowie extremer Leistungs- und Konkurrenzdruck gehören zur beruflichen Wirklichkeit. Da sind die jüngsten Meldungen über gestrichene Forschungsförderung und verzögerte Bewilligungen zusätzliches Gift. Die Finanzierung für wichtige Vorhaben etwa zu den gesellschaftlichen Folgen der Pandemie, zum Klimawandel, zum Verlust von Artenvielfalt oder zu Rechtsextremismus droht wegzubrechen.

An dieser Stelle werden die individuelle Verunsicherung der betroffenen Wissenschaftler und die Rückschläge gerade für junge Forschende im akademischen Mittelbau zum gesellschaftlichen Problem. Denn profunde Forschung kann und sollte die Grundlage dafür sein, politische Lösungen für die großen Probleme unserer Zeit zu entwickeln.

Im zuständigen Ministerium winkt man ab, Stark-Watzinger selbst hält sich bisher ganz zurück. Dabei ist die Verteidigungslinie ihres Hauses nicht schlüssig. Denn zugleich wird angedeutet, dass Abstriche im Haushalt anstehen und die geplante Rückkehr zur Schuldenbremse den Druck erhöht. Doch hier wird an der falschen Stelle gespart. Gerade in einer Zeit sich auftürmender und überlagernder Krisen sollten wir uns eine Schwächung der Forschung in Deutschland nicht leisten.



JANA WOLF

Saar-Uni: Neustart der Präsenzvorlesungen war erfolgreich

SAARBRÜCKEN (red) Die Lehrveranstaltungen im Sommersemester sind zu Ende, diese Woche beginnt die vorlesungsfreie Zeit. Damit endet auch das erste Präsenzsemester an der Universität des Saarlandes seit Pandemiebeginn im Frühjahr 2020.

Insgesamt ist der Neustart laut Uni-Leitung geglückt. „Die Hochschulleitung blickt sehr zufrieden auf das Sommersemester“, sagt Tina Hellenthal-Schorr, Vizepräsi-

dentin für Lehre und Studium der Saar-Uni. „Es war für alle wichtig, auch wieder in Präsenz miteinander in Kontakt zu treten und sich so direkt austauschen und vernetzen zu können“, sagt sie. „Gleichzeitig wurden viele der während der vergangenen Semester entwickelten digitalen Konzepte in die Lehre integriert und die Lehre so innovativer weiterentwickelt.“

Seit dem Sommersemester werden der Uni zufolge zunehmend



Tina Hellenthal-Schorr, Vizepräsidentin für Lehre und Studium an der Universität des Saarlandes.

FOTO: SAAR-UNI

auch hybride Lehrveranstaltungen angeboten, bei denen Präsenz und digitale Lehre kombiniert werden. So würden zum Beispiel die Krank-

heitsverläufe von fiktiven Krankenhauspatienten in einer Online-Lernumgebung im sogenannten Patientenfallsimulator abgebildet. Medizinstudentinnen und -studenten könnten so auch aus der Ferne diagnostische Methoden kennenlernen.

In den Bildungswissenschaften würden zudem digitale Lernspiele entwickelt, in den Rechtswissenschaften digitale Übungsklausuren; in den Geisteswissenschaften wer-

den laut Uni gezielt digitale Werkzeuge zur Vermittlung von „Future Skills“ integriert, auch das Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit werde über digitale Interaktion bearbeitet.

„Durch die Tatsache, dass wir, getrieben von der Pandemie, viele Dinge im Eilverfahren haben umsetzen müssen, ergibt sich natürlich die Notwendigkeit noch etwas nachzujustieren“, sagt Tina Hellenthal-Schorr. „Aber die Universität

hat gezeigt, dass sie auch in herausfordernden Zeiten die Lehre gut gewährleisten kann.“

Die Universität blicke daher zuversichtlich auf das kommende Wintersemester. Für die zulassungsfreien Studienfächer läuft die Einschreibung noch bis Ende September.

Informationen zum Angebot der Saar-Uni und zur Bewerbung gibt es online unter:

www.uni-saarland.de/bewerbung

Wissenschaftstage für Kinder und Jugendliche im Saarland

SAARBRÜCKEN (red) Der Projekte-Campus der Initiative „MoDiSaar“ will Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 3 bis 10 am 29. Juli in Dudweiler an die Welt der Wissenschaft heranführen.

Die jungen Teilnehmer haben die Auswahl aus verschiedenen Fachbereichen. Beim naturwissenschaftlichen Experimentieren geht es beispielsweise um Versuche mit Luft oder um Eigenschaften chemischer Stoffe. Auch ein Workshop

zum Programmieren von Lego-Robotern steht auf dem Programm. Ein Workshop befasst sich mit digitalen Technologien, die Anwender in ihrem Verhalten beeinflussen, ein weiterer mit dem Thema Verschwörungstheorien.

Bereits am 22. Juli organisiert der „MoDiSaar-Projekte-Campus“ einen Projekttag an der Gemeinschaftsschule Dudweiler. Hier können Schülerinnen und Schüler der 7. Klassen ähnliche Projekte aus den

Fächern Informatik, Sachunterricht, Chemie, Geschichte und Philosophie ausprobieren.

.....
Eine Anmeldung ist ab sofort auf der „MoDi“-Webseite möglich. Dort gibt es auch eine Übersicht über das geplante Programm. Der Projekttag beginnt um 9:15 Uhr und soll um 13 Uhr zu Ende gehen. Veranstaltungsort ist der Campus Dudweiler (Am Markt, 66125 Saarbrücken, Zugang über Beethovenstraße). <https://kurzlinks.de/modisaar>

Neuer Studiengang in Trier widmet sich Islam, Juden- und Christentum

TRIER (epd) Die Theologische Fakultät Trier bietet in Zusammenarbeit mit der Universität Trier ab Herbst einen interreligiösen Masterstudiengang zum Islam sowie Juden- und Christentum. Darin gehe es unter anderem um historische, religionswissenschaftliche und katholisch-theologische Perspektive um die Beziehungen sowie Verflechtungen zwischen den drei großen monotheistischen Religionen, teilte die kirchliche Hochschule päpstlichen

Rechts am Dienstag mit. Studierende lernten, religionsbezogene Konflikte zu analysieren und Potenziale des interreligiösen Dialogs zu erschließen.

„Der starke Anstieg antisemitischer Straftaten, aber auch rassistischer Übergriffe auf Musliminnen und Muslime zeigt, dass es in Deutschland einen hohen Bedarf an Fachkräften mit interkulturellen Kompetenzen gibt“, erklärte der Islamwissenschaftler, Theologe

und Studiengangverantwortliche Dennis Hält.

Studierende können den Angaben zufolge eigene Schwerpunkte über eine zu erlernende Quellsprache einer Religion wie Hebräisch, Griechisch oder Arabisch und zwei Wahlmodule aus dem interdisziplinären Wahlbereich der Universität setzen.

Produktion dieser Seite:

David Seel
Martin Wittenmeier